

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 11 (1970)  
**Heft:** 24

**Artikel:** Lateinamerikanische Uebersicht. Die neue Ordnung lässt sich an  
**Autor:** Max, Alphonse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092650>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das «Leningrader Programm»

(Fortsetzung von Seite 8)

werden die Führer gezwungen sein, ihren volks- und völkerfeindlichen Kurs aufzugeben. Sie werden das nicht tun, solange die Allgemeinheit kaum reagiert, wenn mit den Oppositionellen so erbarmungslos und gesetzwidrig aufgeräumt wird.

### «Einheitsparteiensystem ist Synonym für Faschismus»

Dabei ist unumgänglich, dass der Protest der Staatsbürger verstärkt wird, und neben diesem ist eine weitere Arbeit imperativ: «Die Aufklärung des Bewusstseins breiter Kreise der Bevölkerung, damit möglichst viele Menschen verstehen, für wen sie eigentlich arbeiten», d. h. dass sie ihren eigenen Feinden dienen, den Unterdrückern, Diktatoren . . . Jeder Bürger sollte die Verantwortung erkennen, die er für das Land und für die Kinder trägt.

Weiter werden als unerlässlich gefordert «Wählbarkeit, Absetzbarkeit, Publizität und Kritik. Es ist jedem verständlich, dass die Machthaber nur auf eine Kritik reagieren werden, die ihre Demission, einen Regierungswechsel, zur Folge haben kann.» Das ist nur durch politische Freiheit und vor allem durch ein Mehrparteiensystem zu erreichen. «Einheitsparteiensystem ist ein Synonym für Faschismus.»

### «Tschechoslowakische» Ideen über die künftige Verwaltung der Produktionsmittel

Das Leningrader Programm folgert auf Grund seiner Analyse, dass vorab die Grundlage der sowjetischen Diktatur zu vernichten ist, nämlich das staatliche Monopol über die Produktionsmittel, das durch faktische Volkseigentümerschaft abgelöst werden soll:

«Das Staatsmonopol gerät in Konflikt mit der Entwicklung der Produktionskräfte. Die technisch-wissenschaftliche Sparte wird zur wichtigsten in der heutigen Volkswirtschaft, und das Element des Zufalls ist ein wesentlicher Bestandteil in ihr. Deshalb lässt sich technisch-wissenschaftliches Arbeiten weder direkt planen noch abstrakt verwalten. Entdeckungen und Erfindungen können allenfalls gefördert, nie aber von oben befohlen werden. Bedingungen dafür sind: eine Vielfalt von Organisationsformen, die Freiheit zu forschen, zu diskutieren und auszuprobieren. Ausserdem sind Freiheit der Konkurrenz und die objektive Preisbildung anhand eines Marktes natürliche kräftige Anreize zur qualitativen Verbesserung der Produktion, zur Modernisierung der Produktionsmittel und zur Anwendung neuer Technologien.»

Das einzig sichere Mittel, die machthabende Spitze zu expropriieren, ist also eine merkliche Beschneidung des staatlichen Monopolssektors, indem die Fabriken, Werke, Minen und Institute verschiedenen Arbeitskollektiven und Produktionsgemeinschaften anvertraut werden, die volle Autonomie erhalten, unter Garantie der Nicht-einmischung seitens des bürokratischen Staatsapparates. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften gegründet und mit allen Rechten ausgestattet werden, um tatsächlich die Interessen der Arbeiter vertreten zu können — im Gegensatz zu den jetzigen rechtlosen Anhängseln des Staatsapparates.

Politische Diskussionen und Auseinandersetzungen, Demonstrationen, Streiks, Meinungs- und Pressefreiheit, Abschaffung der Zensur müssen zur Norm des gesellschaftlichen Lebens werden. Aus all diesem folgt, dass die Verfasser des Leningrader Programms im Russland der Zukunft die Hegemonie der Technokraten befürworten. Darin gehen sie mit den tschechoslowakischen Sozialisten und anderen, die einen «Kommunismus mit menschlichem Gesicht» predigen, einig.

### Der revolutionäre Weg ist impliziert

Es ist im Programm nicht direkt die Rede davon, dass es auf revolutionärem Wege zu verwirklichen wäre. Uns scheint aber, dass dies impliziert ist.

Die Verfasser unterstreichen nämlich im Schlussteil nochmals, dass keinerlei Zugeständnisse oder Reformen zu erwarten stehen. Ihr Aufruf zu «Unduldsamkeit und Empörung des ganzen Volkes über das Abenteuerertum und die Repressionen der Machthaber» ist ein deutlicher Auf-

ruf zur Opposition. Falls das Volk diese leistet, wird die Spitze entmachteter werden, wie von den Autoren gefordert, vor allem dann, wenn die für das Regime besonders wertvollen und von ihm dringend benötigten höheren Kader in Wissenschaft und Technik sich der Opposition anschliessen.

Passivität und blinde Unterwürfigkeit sind verhängnisvoll, da sie den Machthabern das Gefühl gänzlicher Straflosigkeit vermitteln und damit deren Willkür und Gesetzlosigkeit noch fördern.

«Von uns hängt sehr viel mehr ab, als scheinen möchte. Die Völker der Sowjetunion können Herren im eigenen Hause sein.»

Mit diesen Worten schliesst das Leningrader Programm — eine vielsagende Illustration der gegenwärtigen innenpolitischen Verhältnisse in der UdSSR.

\*

In der nächsten Ausgabe wird Valerij Tarsis unsere Leser mit dem neuesten programmatischen Dokument der Opposition bekanntmachen, dem bisher radikalsten. ■

### Lateinamerikanische Uebersicht

## Die neue Ordnung lässt sich an

Von Alphonse Max

In Lateinamerika hat die «sozialistische Zukunft» begonnen. Ob sie ein «neues Modell» bringt, steht noch aus, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dagegen. Einmal hat die sowjetische Interpretation des «Sozialismus» einen auffallend grossen Einfluss, und zum andern lässt sich schon erkennen, dass eine im Namen des Marxismus gestaltete Gesellschaft auch hier die «Freiheit des Andersdenkenden» ausschliessen wird. Jedenfalls wird der unter bourgeoisen Gegebenheiten verachtete Begriff von «Ruhe und Ordnung» in Chile bereits wieder aufgewertet. Zu den Opfern gehören, paradoxerweise oder bezeichnenderweise, auch die «Linksabenteurer» der moskaufernden Guerillas.

Ob altes Modell oder neues Modell, Chile ist jedenfalls das Land, an dessen Entwicklung die mutmasslichen Erwartungen für andere Länder zu messen sein werden. Und hier zeigt sich, dass es nicht mit dem Verschwinden von Oligarchie und Reaktion sein Bewenden hat, wenn die Macht ablösung unter den Vorzeichen einer kommunistischen «Alternative» erfolgt. Was ausgelassen wird, ist die echte Alternative der Demokratie.

### Chile: Die Rechte wird liquidiert und die Linke gesäubert

Der neue sozialistische Präsident Chiles, Salvador Allende, wird nicht so sehr Schwierigkeiten mit seinen erklärten Feinden als mit seinen erklärten Freunden haben. Die «Oligarchie» und das «renitente» Bürgertum sind eine nur angebliche Bedrohung des Regimes, weil ihre Angehörigen keinerlei Widerstandsfähigkeit aufweisen und nur noch auf persönliche Rettung bedacht sind. Die massgebliche Kraft stellen dagegen Allendes Koalitionspartner dar: die Kommunisten.

Die Kommunistische Partei Chiles ist eine der stalinistischsten des Kontinents. Als die Sowjets 1968 die Tschechoslowakei okkupierten, waren die chilenischen Genossen die ersten, die ihnen zur «brüderlichen Aktion» gratulierten. Die meisten andern offiziellen KPs des Kontinents mussten immerhin von den jeweiligen Sowjetbotschaften diskret an ihre Pflicht erinnert werden, ehe sie mit Verspätung die Chilenen nachahmten.

Allende wird zweifelsohne in den Griff der KP geraten, die eine wirksamere Organisation und besseren Sinn für politische Opportunitäten hat, vor allem aber über tüchtige Drahtzieher verfügt. Der erste innenpolitische Schritt der Allende-Regierung wird das Vorhaben sein, alle jene Gruppen zu neutralisieren, die links von der Kommunistischen Partei stehen. Dazu wird noch der alte Polizei- und Militärapparat eingesetzt. So wird die KP die Kampagne zur Vernichtung der «Vorhut von morgen» (wie sich die Linksterroristen bezeichnen) mit den «Kräften der Repression von gestern» orchestrieren, wahrscheinlich erfolgreich.

Dass danach die Kaltstellung der «Reaktion» und der Bourgeoisie erfolgen wird, versteht sich von selbst. Dieses Unternehmen wird um so leichter zu bewerkstelligen sein, als sich die sogenannte herrschende Klasse völlig willenlos gibt und grösstenteils ohnehin panikgetrieben in die Nachbarländer geflüchtet ist.

Die katholische Kirche hat in Chile eifrig mit den Marxisten mitgespielt, und es war verständlich, dass der bisherige christdemokratische Präsident, Eduardo Frei, der zur demokratischen Linken Lateinamerikas gezählt wird, nicht ohne Bitterkeit bemerkte, dass «die chilenische Kirche nicht einmal imstande war, zu begreifen, dass Marxismus und Katholizismus zwei verschiedene Dinge sind».

Ueber die Rolle, welche die Sowjetunion in Chile spielen wird, haben wir schon in früheren Uebersichten berichtet. Nun bleibt abzuwarten, was

Allende mit der KP oder gegen die KP tun wird oder tun kann.

### Guerilleros flüchten ins sozialistische Chile — und werden dort verhaftet

Das chilenische Beispiel hat die Sowjets ermuntert, mit ähnlichen Mitteln wie hier auch in andern Ländern Lateinamerikas vorzugehen.

Das ist namentlich daraus ersichtlich, dass die Guerillabewegungen im Kontinent, besonders in Bolivien, Peru, Kolumbien und Brasilien, allmählich zum Stillstand kommen. Auf Anweisung Moskaus bleibt die kubanische Hilfe für die Freischärler aus. Während die Partisanen in Peru im Gefängnis sitzen und in Brasilien vom Militär aufgerieben werden, flüchten ihre letzten bolivianischen Mitglieder nach dem sozialistischen Chile. Hier aber werden sie sogleich in «Schutzhaft» genommen. Die Millionen, welche die UdSSR via Havanna früher für Guerillaaktionen ausgegeben hatte, werden jetzt in Form von zusätzlichen Warenkrediten an jene gleichen Regierungen vergeben, die zuvor das Angriffsziel der Guerillakämpfer gewesen waren. Tempora mutantur.

### UdSSR: Handel und Spionage

Auch der neueste Spionagefall in Argentinien beweist deutlich, dass die Sowjets sich nun von der Guerillabewegung fernhalten und sich auf Handel und Spionage konzentrieren.

Die Regierung in Buenos Aires hat zwei Mitglieder der Handelsabteilung der sowjetischen Botschaft des Landes verwiesen, nachdem die Polizei sie in flagranti im Besitz von geheimen argentinischen Staatsdokumenten ertappt hatte. Da der Spionage-Abwehrdienst die beiden Diplomaten schon sechs Monate lang unter Beobachtung hielt, ist anzunehmen, dass der gesamte, von ihnen aufgebaute Spionagering gesprengt werden kann.

Ausser von Spionage wird Argentinien weiterhin von einer chronischen politischen Krankheit geplagt: dem Peronismus. Noch immer gibt es

in Argentinien viele, die sich als Peronisten bezeichnen, obgleich der Exdiktator aus seinem Madrider Exil nicht zurückkehren darf. Unter anderem macht das 1955 von einem Ehrengericht gegen ihn gefällte Urteil, das ihn der Unzucht mit Minderjährigen für schuldig befand, seine Rückkehr unratsam.

### Im Peronismus hat alles Platz

Die Regierung ist nun bemüht, die peronistische Masse für sich zu gewinnen, indem sie eine klare Trennungslinie zwischen Peron und Peronismus zieht. Peron hat sich in Spanien für eine harte, kompromisslose Opposition und gegen die demokratischen Spielregeln entschieden. Dazu kommt, dass der Peronismus in den letzten Jahren sehr durch den Kommunismus, vor allem castronistischer und maoistischer Prägung, unterwandert wurde. Da andererseits der Peronismus in seinem Wesen keine Weltanschauung, sondern eine Massenbewegung ist, die aus dem charismatischen Einfluss Perons entstand und abseits von rationalen Motivationen steht, ist kaum anzunehmen, dass die Regierung in kurzer Zeit die peronistische Masse für sich gewinnen kann, besonders wenn man sich überlegt, dass die Faszination des Diktators auch heute, 15 Jahre nach seinem Sturz, nicht verblasst ist.

### Bolivien: Militaristischer Linksnationalismus

Die Situation in Bolivien hat sich nicht so zuspitzt, wie man nach der Gewaltübernahme des Generals Torres annahm.

Der General hat mit seiner Kampagne, das widerstrebende Heer für sich zu gewinnen, schon teilweise Erfolg gehabt. Diejenigen Offiziere, die sich Torres am zähesten widersetzt hatten, wurden auf diplomatische Posten ins Ausland abgeschoben. Unter der Bezeichnung «Bewusstseinsbildung» wurde ein Programm eingeleitet zur Unterstützung sämtlicher Sektoren der Streitkräfte, unter dem Schlagwort «der einzige Unterschied zwischen Arbeitern und Soldaten ist die

Uniform». Als Zweck der «Bewusstseinsbildung» innerhalb der Streitkräfte nennen Regierungsquellen die «Festigung der Haltung des Militärs zum revolutionären Nationalismus», wovon Präsident Torres sich eine Minderung der ideologischen Spaltung im Heer und dessen Umwandlung in einen Pfeiler des linksradikalen Regierungsprogrammes verspricht. In den Kasernen sind Besuche von Universitäts- und Arbeitsführern der Linken vorgesehen, die dort Vorträge halten und später ihrerseits Offiziere und Unteroffiziere in ihren Studien- und Arbeitszentren zum Dialog empfangen sollen. José Ortiz, Minister unter Ovando und jetzt der Hauptverantwortliche für den von Torres angekündigten Zwanzigjahresplan, meinte: «Wir müssen die Streitkräfte zur Ueberzeugung bringen, dass der einzige Ausweg für das Land und die einzige Möglichkeit, einen Zusammenstoss zwischen Volk und Armee zu verhüten, im linksgerichteten Nationalismus liegt.»

### Ist Uruguay das Chile von 1971?

Die Situation am Rio de la Plata wiederum hat sich mit dem Nähern der Wahlen in Uruguay, die nächstes Jahr stattfinden sollen, zugespitzt.

Der Erfolg der Volksfront in Chile lässt die Genossen in Uruguay Hoffnung schöpfen, und die Vorbereitungen zur Aufstellung einer ähnlichen Kombination sind schon im Gange, wobei ein ausrangierter General die Rolle Allendes übernehmen soll. Während die Terroristen ihre Bomben in allen Teilen der Hauptstadt legen und die Bevölkerung völlig verunsichern, gestatten sich massgebende Politiker und Minister den mittelalterlichen Schabernack, ihre «gekränkte Ehre» mit schweren Säbeln in Duellen zu retten. In Uruguay ist die Lage zurzeit wahrlich explosiv, und Präsident Pachecos sicherster Allierter ist noch das Phlegma der Uruguayer, die sich trotz der allgemein verschlechterten wirtschaftlichen Lage bisher nicht zu einem politischen Abenteuer hinreissen liessen.

### Die wirtschaftlichen «Aussichten» angesichts des neuen USA-Protektionismus

Die Wirtschaftslage ist jedoch nicht nur in Uruguay besorgniserregend, sondern im ganzen Kontinent.

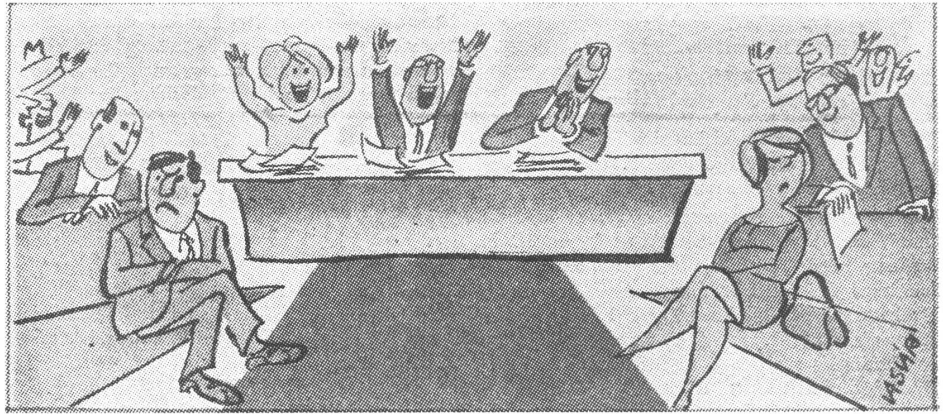
Am besten illustriert dies das Verhältnis zu Lateinamerikas wichtigstem Wirtschaftspartner: den Vereinigten Staaten. Der Prozentsatz der lateinamerikanischen Ausfuhr in die USA ist in den letzten zwanzig Jahren von 28,3 auf 11,7 Prozent gesunken. 1969 führten die USA global viermal soviel ein wie 1950, doch die Einfuhren aus Lateinamerika haben sich in derselben Zeitspanne nicht einmal verdoppelt. Wertmässig stiegen die lateinamerikanischen Exporte nach dem US-Markt in dieser Periode um 1710 Millionen Dollar und erreichten 1969 insgesamt 4215 Millionen Dollar. Wenn Lateinamerika jedoch seine 1950 erreichte Stellung als Belieferer der USA auch 1969 eingehalten hätte, wären die Exporte auf 10 200 Millionen Dollar gestiegen. Ferner scheint es, dass die Aussichten auf ein Abbremsen des zunehmenden Anteilverlustes am wachsenden US-Markt und auf eine wesentliche Exportsteigerung für die nächste Zukunft nicht sehr günstig sind, selbst wenn die neuen protektionistischen Tendenzen in den USA sich nicht durchsetzen sollten. ■



Die Zukunft wird mit Allende beschworen — aber welche?

«Ludas Matyi», Budapest

# Die Gleichberechtigung von Frau und Mann



Ungarn an der Spitze der europäischen Scheidungsstatistik: «Hurra, jetzt brauchen wir bloss noch Amerika zu überholen!»



Moderner Haushalt: «Psst, meine Frau mag es nicht, wenn man in der Küche klatscht.»



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? «Nein, Sie sagen mir zuerst, was mein Gehalt ist, und dann sage ich Ihnen, ob ich ein Mann oder eine Frau bin!»



Im Betrieb die Chefin ihres Mannes, daheim ... Links sie: «Bis um fünf erbitte ich die Unterlagen!» Rechts er: «Bis um acht erbitte ich das Abendessen!»

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut • Domizil: Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6 • Telephon 031 43 12 12 • Telex: 32 728 • Telegramm: Schweizost • Redaktion: Peter Sager, Christian Brügger • Mitwirkung: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Ost-Instituts und Auslandskorrespondenten • Administration und Inseratenverwaltung: Peter Dolder • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 3 • Postcheck ZeitBild 30-24 616 • Banken: Spar + Leihkasse Bern, Konto 153.400.50; Deutsche Bank, Frankfurt a. M., Konto 78-2409.

Das Schweizerische Ost-Institut widmet sich der Forschung und Information über internationale Entwicklungen • Tätigkeitsgebiete: ZeitBild (Zweiwochenzeitung) • Bulletin d'études politiques (Monatszeitung) • Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa) • Freier Korrespondenz-Dienst (Artikel für die Presse) • Service de presse I. S. E. (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiero (spanischer Wochendienst für Redaktoren in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI • Vortragsdienst • Buchhandlung (kostenlose Monatsübersicht: Das politische Buch) • Verlag.